

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Verbandes
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Der Verband ist Eure Kraft! Stares Erkennen, Solidarität und Charakterstärke sind die Voraussetzungen für Verbesserung Eurer Wirtschaftslage! Stärkt Euren Verband! Der Sieg über den Kapitalismus ist verbürgt, wenn die Arbeiterchaft der eigenen Kraft bewußt wird und Vertrauen zu ihren Organisationen hat.

Die Berufsverhältnisse im Baunmalergewerbe. IV.

Wenn den hohen Anforderungen, die unser Malerhandwerk als eines der kompliziertesten Gewerbe an technisches Können und körperliche Gewandtheit stellt, birgt es infolge der oft täglich wechselnden Arbeitsplätze, der großen Verschleidenheit der Arbeitsobjekte und der schädlichen Wirkung vieler Materialien auch gesundheitliche Gefahren aller Art in sich. Berufliche Erkrankungen und Berufsunfälle sind denn auch außerordentlich zahlreich. Leider konnten durch die Ortsfragebogen bei unserer diesmaligen Erhebung nur recht mangelhafte Resultate über die Gesundheitsgefährdungen gewonnen werden. Es besteht für die Kollegen bei Erkrankungen und Unfällen keine Meldepflicht, oder doch nur insofern, als bei Arbeitsunfähigkeit die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes in Anspruch genommen werden. Da zudem in der Mehrzahl der erfassten Orte keine selbständigen Ortsverwaltungen bestehen, unsere Funktionäre aber, mit Ausnahme der Großstädte, wo Angestellte vorhanden sind, fast jedes Jahr wechseln, gehen nicht selten auch die tatsächlichen Meldungen verloren, oder sie geraten in Vergessenheit. Deshalb sind wir auch hier auf die Ermittlungen aus den persönlichen Fragebogen angewiesen. Aber so mangelhaft die Ausbeute an sich ist, so zeigt sie die beruflichen Gesundheitsgefahren doch mit erschreckender Deutlichkeit auf. Positive Angaben wurden nur von 85 Orten gemacht, während die übrigen 411 Orte sich meist mit dem ausdrücklichen Hinweis über die Frage hinweggeholfen haben, daß nähere Angaben nicht mehr gemacht werden könnten. Als ausdrückliche berufliche Vergiftungen werden gemeldet: Erkrankungen durch Bleifarben aus 28 Orten, durch Terpentinersaß aus 38 Orten und durch Bleifarben und Terpentinersaß aus 21 Orten, ohne daß Angaben über die Zahl der Erkrankungsfälle gemacht wurden.

Dabei sind alle Erkrankungen, die nicht ausdrücklich auf gewerbliche Gifte zurückgeführt werden, nicht als berufliche Gesundheitsstörungen mit einbezogen. Neben den typischen Krankheitserscheinungen der Bleivergiftung sind Hautjucken, Ausschläge, Verbrennung und Verätzung, Ekzeme, Lähmungen und Terpentinersaß als Folge der verschiedenartigsten Terpentinersaßstoffe gemeldet. In der Regel haben die Filialverwaltungen und, wenn den Bezirksleitungen oder dem Hauptvorstand die nötigen Unterlagen für berufliche Vergiftungen zugeleitet wurden, auch diese Schritte zur Abstellung der Mißstände unternommen. Als Erfolg der eingereichten Beschwerden sind Vorbeugungsmaßnahmen durch einmalige oder periodische ärztliche Untersuchungen, teilweise Verbote der beanstandeten Materialien, Kontrolle der Betriebe und Arbeitsstellen angeordnet und durchgeführt worden. Zum Teil sind die Schädigungen durch gewerbliche Gifte als Berufsunfälle im Sinne der Verordnung vom Jahre 1925 anerkannt worden, während die Beschwerden in 6 Orten erfolglos blieben und in 2 Orten noch nicht erledigt waren.

Als eine grobe Fahrlässigkeit — verursacht nicht zuletzt durch die Gleichgültigkeit älterer und die Unerfahrenheit der jüngeren Kollegen — muß es bezeichnet werden, daß eine unverantwortliche Laxheit in der Einhaltung der Bundesratsverordnung vom Jahre 1905 „zum Schutze gewerblicher Arbeiter bei der Verarbeitung giftiger Bleifarben“ eingerissen ist. Unzweifelhaft ist die Verwendung von Bleiweiß gegen früher erheblich eingeschränkt. Dennoch werden auch heute noch mehr bleihaltige Materialien verarbeitet, als unbedingt nötig ist. Hinzu kommt, daß die Gefahren durch Verwendung neuer Farbstoffe, über deren Zusammensetzung die nötige Klarheit durchaus nicht immer vorhanden ist, nicht geringer geworden sind. Das zeigen die zahlreichen Erkrankungen durch giftige Farben und flüchtige Lösungsmittel oder Verdünnungsmittel. Die Mehrzahl der Vergiftungen könnte bei genauer Beachtung der gewerbehygienischen Vorschriften und größtmögl. Reinlichkeit vermieden werden. Dazu gehört aber, daß die Mittel zur Reinhaltung des

menschlichen Körpers in genügender Menge und geeigneter Beschaffenheit vorhanden sind und den gefährdeten Arbeitern zur Verfügung gestellt werden. Wie es im Einzelfall damit ausieht, wird erst nach Bekanntgabe der Resultate von den persönlichen Fragebogen festzustellen sein. Aber schon das Ergebnis der Ortsfragebogen zeigt, daß da vieles im argen liegt und daß es dringende Aufgabe der Gesundheits- und Gewerbebehörden sein muß, sich in Zukunft viel mehr als bisher um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu kümmern. Wie sollen die Berufsgefahren beseitigt werden, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Lieferung von Reinigungsmitteln, also von Seife, Nagelbürste und Handtuch, nur in einem Viertel der erfassten Orte von einem Sechstel aller Betriebe eingehalten wird und nur einem Siebtel der Beschäftigten zugute kommt? Auch die Gewährung einer geringen Geldvergütung in einem Siebtel der Orte und für je ein Viertel der Betriebe und Beschäftigten kann nicht als vollgültiger Ersatz angesehen werden, wenn nicht Seife und Nagelbürste geliefert und das Vorhandensein des Handtuches nachgewiesen werden muß. Die Hälfte aller Unternehmer liefert überhaupt nur Seife und ein Zehntel umgibt die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vollständig, indem mit der unkontrollierten Ausrede, daß kein Bleiweiß verarbeitet werde, auch die Lieferung von Seife auf Außenarbeiten beschränkt wird. Wenn man dann noch ausdrücklich bemerkt, daß das Reinigungsmittel vielfach nicht gefordert, andernfalls nur auf energisches Drängen der Gehilfen geliefert wird, ist schon durch diese summarischen Feststellungen der Nachweis erbracht, daß unsere Organisation mit ihrer Aufklärungsarbeit über die Durchführung der bestehenden unzulänglichen und ihrer Forderung nach wirksameren Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Gesundheit in noch stärkerem Maße als bisher tätig sein muß.

Es ist eine Eigenart unseres Berufes, daß er an oft täglich wechselnden Arbeitsorten außerhalb der Werkstätte und an den verschiedensten Arbeitsobjekten ausgeübt wird. Sind die Berufsangehörigen schon dadurch erhöhten Unfallgefahren ausgesetzt, so werden die Gefahrenquellen durch die Zersplitterung unseres Gewerbes in eine Anzahl von Kleinbetrieben mit mangelhaften Betriebsanlagen ins Ungeheuerliche verstärkt. Nachdem wir in unserm „Maler“ den Berufsunfälle eine besondere Rubrik eingeräumt haben, können wir jede Woche eine Anzahl von mehr oder minder schweren Arbeitsunfällen registrieren. Wir hatten versucht, durch den Ortsfragebogen nicht nur eine Zusammenfassung der im letztvergangenen Jahre vorgekommenen Berufsunfälle zu erhalten, sondern auch die Unfallursachen und Unfallfolgen festzustellen. Aber die Berichterstattung hat hier ebenso versagt, wie bei den Fragen nach beruflichen Erkrankungen. Mit ganz allgemeinen Angaben, wie sie für die große Mehrzahl von Orten gemacht wurden, kann eine ernsthafte Statistik — die sich nur auf genaue und unwiderlegliche Tatsachen stützen darf — nichts anfangen. Es ist allerdings zu beachten, daß unsere Filialverwaltungen auch von Unfällen meist nur Kenntnis erhalten, wenn die Verunglückten oder Augenzeugen beim Verband Meldung erstatten. In vielen Fällen, und das trifft besonders in größeren Städten zu, erfahren auch unsere Funktionäre erst durch den Polizeibericht aus der Tagespresse etwas, und dann ist es zu Untersuchungen meistens zu spät. Denn die Unternehmer zeigen wegen der strafgesetzlichen Verantwortung fast immer das Bestreben, etwaige Beweismittel, wie mangelhafte Gerüste, gebrochene Leitern oder Gerüstteile, sofort zu beseitigen. Ein Nachweis der Ursachen ist dann ungemein schwer, zumal wenn sich die Verunglückten selbst — was sehr oft vorkommt — durch den Vorwurf eigenen Verschuldens einschüchtern lassen.

Obwohl eine große Anzahl von Orten diese Fragen nur unvollständig beantwortet hat, und besonders leichtere Unfälle fast gar nicht gemeldet wurden, sind doch 426, darunter 53 tödliche Unfälle, in 40 verschiedenen Orten festgestellt worden: 206 Unfälle sind durch Sturz beziehungsweise Bruch von Leitern oder Gerüsten verursacht, und 185 Fälle hatten schwere Verletzungen, wie Knochenbrüche, Gehirn-

erschütterungen und Verletzungen mit teilweiser oder gar vollständiger Invaldität zur Folge.

Diese wahrhaft erschütternde Verlustliste vom Schicksal der Arbeit eines so kleinen Gewerbes zeigt, daß die seit Jahren immer dringender erhobene Forderung nach einer gründlichen Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften nicht länger hinausgeschoben werden darf. Wir haben erst in Nummer 48 des „Maler“ an der Klage von Hinterbliebenen eines Todesopfers des unglücklichen Gerüsteinsturzes am Anhalter Bahnhof in Berlin auf die unzulänglichen Gesetzesbestimmungen und die weitfremde Sprachpraxis der Versorgungsbehörden aufmerksam gemacht. Soll hier Abhilfe geschaffen werden, dann müssen die Arbeiter zur organisierten Selbsthilfe greifen und sich durch entsprechende Maßnahmen ein Mitbestimmungsrecht in der Unfallversicherung erzwingen.

Damit seien die Auszüge aus den Ergebnissen unserer Ortsfragebogen an dieser Stelle geschlossen. Nach Fertigstellung der außerordentlich umfangreichen Bearbeitung der mehr als 16.000 persönlichen Fragebogen soll das gesamte Ergebnis als Fortsetzung der früheren Verbandsstatistiken in übersichtlicher Tabellenanordnung veröffentlicht werden. Die Arbeit wurde dadurch verzögert, daß das gesamte Material in der Verbandszentrale aufgearbeitet wird, während die persönlichen Einzelergebnisse früher in den Filialen und Bezirken zusammengestellt wurden. Sollte die ganze mit großen Geldkosten und noch größerem Aufwand an Arbeitskraft aufgenommene Erhebung den notwendigen Erfolg zeitigen, so dürfte man den Filialen, die zu Beginn des Frühjahrs und Sommers selbst noch im Aufbau begriffen waren, diese Arbeit noch nicht aufbürden. Die einheitliche Bearbeitung des ganzen umfangreichen Materials gibt uns eine Gewähr für unbedingte Zuverlässigkeit, deren Vorteile auch bei einer durch die Verhältnisse bedingten Verzögerung nicht unterschätzt werden dürfen. Mögen sich unsere Kollegen in das reichhaltige Zahlenmaterial vertiefen und durch das Studium zu der Gewißheit kommen, daß der Beruf zwar der Nährboden für die Organisation, die Erkenntnis der Berufsverhältnisse aber die Wurzel aller Fortschritte ist und die Organisation den Acker erst ertragsfähig macht.

Konjunkturbericht vom Monat Dezember.

Aus den verschiedensten Symptomen der letzten Zeit, der großen Zahl von Anträgen auf Arbeitslosenunterstützung bei der Hauptverwaltung, den Äußerungen über die schlechten Konjunkturverhältnisse, den Meldungen der Arbeitsnachweisdämter über die Zunahme der Arbeitslosigkeit allgemein, konnte man schließen, daß die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe in den letzten Wochen im Abflauen begriffen war. Sehr deutlich trat das schon durch das Ergebnis unserer Arbeitslosenstatistik in Erscheinung, durch die eine wesentliche Steigerung der Arbeitslosenziffer in unserm Verbands gegenüber dem Vormonat nachgewiesen wurde.

Die Gründe dafür sind sicher mannigfacher Natur, werden aber neben den sonstigen natürlichen Ursachen besonders auf die schlechten Witterungsverhältnisse der letzten Wochen mit zurückzuführen sein. So wird auch auf den Konjunkturfragebogen aus einigen Werkstätten berichtet, daß Entlassungen nur wegen des starken Frostes vorgenommen wurden, oder daß nur wegen der Witterung „ausgesetzt“ werden mußte. Diese Angaben lassen immerhin den Schluß zu, daß sich bei anhaltend milderer Witterung wieder ein Anziehen der Konjunktur in unserm Gewerbe bemerkbar machen wird und ein Teil der jetzt arbeitslosen Kollegen wieder in den Betrieben unterkommt. Bei der engen Verflechtung aller Gewerbe und Industrien untereinander — besonders unseres Gewerbes mit dem Baugewerbe — hängt die wirtschaftliche Entwicklung im Malergewerbe selbstverständlich wesentlich von der Arbeitsgelegenheit in diesem und in der gesamten Industrie ab. Nur wenn in ihnen ein flotter Geschäftsgang herrscht, wird sich die Entwicklung auch bei uns günstig vollziehen. Darüber aber, wie sich die Gesamtwirtschaftslage in diesem Jahre gestalten wird, geben die Meinungen der Wirtschaftsjahresverständigen noch außerordentlich weit auseinander.

Nach das Institut für Konjunkturforschung beurteilt die Gesamtwirtschaftslage recht vorsichtig, es stellt nur fest, daß die Wirtschaft Ende August in eine Phase der Hochspannung eingetreten ist und krisenartige Vorgänge nicht vorliegen. Die Kreditfähigkeit ist im ganzen unangefastet, der Kredit aber in hohem Maße angespannt. Die Warenpreise ziehen an, weil der Binnenmarkt noch aufnahmefähig ist, wenn sich auch schon Anzeichen beginnender Sättigung bemerkbar machen. Die Auftragsbestände der Industrie sind noch umfangreich, doch geht die Auftragserteilung in einzelnen sehr wichtigen Teilen zurück. Daraus wird dann der Schluß gezogen, daß sich die wirtschaftliche Aktivität auf einem Maximum bewegt. Die Kreditspannungen, im Zusammenhang mit den zurückgehenden Auftragsbeständen, zeigen an, daß mit einem Rückgang gerechnet werden muß. Die noch ungeschwächte Kreditfähigkeit im Verein mit der noch ausdehnungsfähigen Lagerhaltung deutet aber darauf hin, daß bei vorsichtigen Dispositionen ein Umschwung noch aufgeschoben oder jedenfalls in seinen Wirkungen sehr gemildert werden könnte.

Wenden wir uns nun dem Ergebnis unserer Konjunkturfragebogen für den Monat Dezember zu. Es haben aus 42 Filialen 136 Betriebe mit insgesamt 3387 Beschäftigten berichtet. Wenn im November in fast der gleichen Anzahl von Betrieben (135) 4603 Kollegen arbeiteten, so zeigt schon diese Gegenüberstellung die wesentliche Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten für unsere Berufskollegen. Das wird bestätigt durch die Angaben über den Beschäftigungsgrad. Um eine Vergleichsmöglichkeit zu haben, setzen wir die Ziffern vom November in Klammern daneben. Danach wurde der Beschäftigungsgrad wie folgt beurteilt: für 0,7% (4,4) der Betriebe mit 3,1% (5,3) der Beschäftigten mit sehr gut; für 8,2% (34,1) der Betriebe mit 10,6% (50,4) der Beschäftigten mit gut; für 44,1% (41,5) der Betriebe mit 60,6% (34,2) der Beschäftigten mit befriedigend und für 47% (20) der Betriebe mit 25,7% (10,1) der Beschäftigten mit schlecht. Die Verschlechterung gegen den Vormonat kommt bei einem Vergleich der Ziffern in den ersten Beziehungswerte letzten beiden Gruppen ganz eindeutig zum Ausdruck. Dagegen liegen die Verhältnisse gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, doch noch etwas günstiger.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit			
	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht
19 6 Dezember	—	—	6,9	8,9
1927 Januar	—	—	6,6	12,0
Februar	1,5	5,1	12,1	16,6
März	8,9	9,9	46,0	58,6
April	15,4	18,0	47,1	52,6
Mai	17,9	21,8	60,2	62,0
Juni	14,5	19,8	45,1	51,3
Juli	21,8	23,0	40,3	52,0
August	18,5	26,1	36,1	37,8
September	16,1	16,0	37,9	48,5
Oktober	8,3	10,6	38,8	42,8
November	4,4	5,3	34,1	50,4
Dezember	0,7	3,1	8,2	10,6

Sehr deutlich erkennt man die außerordentlich verschlechterte Lage im Gewerbe auch an der Zahl der in den Betrieben neu eingestellten oder entlassenen Kollegen. Während im Berichtsmontat von 29 Betrieben noch 202 Personen neu eingestellt wurden, kamen 1049 Kollegen in 108 Betrieben zur Entlassung. Daraus erklärt sich der Rückgang der Belegschaft ohne weiteres. Daß unter diesen Verhältnissen Ueberstunden nur noch in ganz geringem Maße in Betracht kommen, ist nicht verwunderlich; tatsächlich wurden solche auch nur in einem Betriebe geleistet.

Die Angaben über die Kurzarbeit sind zu unbestimmt, um daraus Schlusfolgerungen zu ziehen. So ist von einem Teil der Betriebe die in jedem Winter wegen der ungünstigen Lichtverhältnisse notwendige Verkürzung der Arbeitszeit mit Kurzarbeit bezeichnet worden. Nach Ausschneiden aller zweifelhaften Fälle verblieben noch 28 Betriebe mit 746 Beschäftigten, in denen Kurzarbeit geleistet wurde. Leider haben über die geleisteten Ueberstunden 33 und über Kurzarbeit 24 Betriebe keine Angaben gemacht.

Die Lehrlingszahl ist mit 722 etwas niedriger als im letzten Monat (755) angegeben, trotzdem machen sie bei dem schlechten Beschäftigungsgrad nicht 16,4% wie im November, sondern 21% der Beschäftigten aus. Ein krasser Fall von Lehrlingszücherei liegt vor, indem ein Arbeitgeber, der zur Zeit noch 10 Gehilfen beschäftigt, 22 Lehrlinge „ausbildet“. Andere Geschäfte arbeiten nur mit Lehrlingen.

Vom Kampf gegen die Verordnung über die Wartezeit bei Arbeitslosigkeit.

Auf das Schreiben der vier baugewerblichen Verbände vom 22. Dezember erhielt unser Verbandsvorstand vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unter dem 5. Januar folgenden Bescheid:

Es ist mir bekannt, daß die Durchführung der Verordnung der Wartezeit für Arbeitslose vom 2. Dezember 1927 Schwierigkeiten macht und gewisse Härten mit sich bringen kann. Die Verordnung ist auch, da Erfahrungen über eine allen Bedürfnissen möglichst gerecht werdende Regelung der Wartezeit nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erst gesammelt werden müssen, in ihrer Dauer bis zum 31. März 1928 begrenzt und soll einer Nachprüfung unterzogen werden. Ich bin deshalb gern bereit, dem in dem Schreiben vom 22. Dezember 1927 geäußerten Wunsch nach einer Aussprache mit den Verbänden, die dieses Schreiben unterzeichnet haben, zu entsprechen und lade zu einer Aussprache auf den 14. Januar 1928, vormittags 10 Uhr, in dem Sitzungssaal Nr. 5 des Reichsarbeitsministeriums, Scharnhorststr. 35, hiermit ein.

Diese Aussprache, an der unser Verbandsvorstand teilnahm, führte noch zu keiner unmittelbaren Beseitigung der bestehenden Ungerechtigkeiten. Die anwesenden Vertreter der Reichsanstalt verwiesen nach Entgegennahme der vorgetragenen Beschwerden auf den provisorischen Charakter der Verordnung, die mit voller Absicht nur bis zum 1. April befristet worden sei, damit dann die inzwischen gemachten Erfahrungen bei den Vorarbeiten zur endgültigen Regelung berücksichtigt werden könnten. Auch die von uns vorgebrachten Beschwerden und Wünsche würden sicher möglichst weitestgehend gewürdigt werden. Allerdings sei das Problem sehr schwierig. Die Verhältnisse lägen außerordentlich verschieden und kompliziert. Es solle insbesondere verhindert werden, daß Arbeiterdichten, die seither periodisch zu gewissen Zeiten in ländliche Gebiete zurückkehren, durch die Arbeitslosenversicherung in den Großstädten oder Industriezentren verbleiben. Erete das ein, so würden starke Strömungen gegen die Arbeitslosenversicherung ausgelöst werden. Soweit der Text des Arbeitslosenversicherungsgesetzes klar sei, könne auch durch Verordnungen nichts geändert werden. Wo der Gesetzesert oder die darauf beruhenden Verordnungen verschiedene Auslegungen zulassen, müsse die Spruchpraxis herangezogen werden, auf die ja auch die Vertreter der Arbeiterschaft durch ihre Mitarbeit in den vorgehenden Instanzen Einfluß besitzen. Wohl könne auch der Arbeitsminister in gewissen Situationen Interpretationen vornehmen, doch würde er von diesem Recht nur selten Gebrauch machen.

Wir haben bei dieser Gelegenheit auch noch weitere Beschwerden vorgebracht. So vor allem die Härten bei der Begrenzung der Unterstühdungsdauer auf 26 Wochen für einen Teil unserer Kollegen; die geringe Unterstühdung im Winter gegenüber der höheren Beitragsleistung im Sommer, worüber allerdings im Gesetz klare Bestimmungen stehen, über den Begriff „berufsmäßige Arbeitsleistung“ usw. Auch wurde auf den besonderen Charakter des Malergewerbes hingewiesen, das in Verkennung der wirklichen Sachlage zu Unrecht den andern Baugewerben völlig gleichgestellt würde.

Schließlich wurde zugesagt, daß offenbare Verstöße gegen Gesetz und Verordnungen, soweit die Reichsanstalt darauf einwirken könne, abgestellt werden, und daß die beteiligten Verbände vor Fertigstellung des neuen Verordnungsentwurfs, der vor dem 1. April verabschiedet sein muß, noch einmal gehört werden sollen.

Soweit wir im übrigen von dem Stande der Verhältnisse informiert sind, ist in den allermeisten Bezirken und Orten die Wartezeit unserer Kollegen auf 7 Tage, in zahlreichen Fällen aber auch auf 3 Tage festgesetzt worden. Natürlich müssen wir darauf hinarbeiten, daß dies, abgesehen von ganz besonderen Fällen, überall eintritt!

Aus unserm Beruf

Braunschweig. (Jahresbericht.) Unsere Filiale kann das vierzigste Jahr ihres Bestehens als eine Periode erfolgreichen Vorwärtsschreitens bezeichnen. Die Konjunktur war allgemein gut. Längere Zeit herrschte sogar Mangel an beruflichen Arbeitskräften, und es begann sich in einzelnen Werkstätten ein Ueberstunden- und Sonntagsarbeiter-Umwesen breit zu machen, gegen das unsere Ortsverwaltung mit Erfolg eingegriffen hat. Im Baualergewerbe wurde der gute Beschäftigungsgrad erst durch den langandauernden Frost unterbrochen. Die durch zentrale Verhandlungen vereinbarten Lohnsteigerungen von 5 und 2 1/2 wurden glatt durchgeführt. Der Erfolg unserer Werbemittel zeigt die Zunahme unserer Mitgliederzahl von 345 auf 427 Kollegen. Im gleichen Maße entwickelte sich auch unsere Lehrlingsabteilung. Auch die Industrie war voll beschäftigt, so daß teilweise verlängert gearbeitet werden mußte, und wegen Mangels an Facharbeitern Berufsfremde angelernt wurden. In den Mühlenbaubetrieben und einigen Branchen der Metallindustrie kam es wegen Lohnstreitigkeiten zu erfolgreicher Arbeitseinstellungen. Dagegen konnten Differenzen wegen der Festlegung von Altkordlagen in einer Automobilfabrik durch Zusammenarbeit der Organisationsleitung mit dem Betriebsrat noch einmal geschlichtet werden. — In der Mitgliederzunahme sind auch unsere Zahlstellen beteiligt. In Harzburg, das ebenfalls dem Reichstarifvertrag untersteht, wird unsere Agitation durch die Verteilung unserer Kollegen auf viele kleine Orte der Umgebung sehr erschwert. Die Geschäftsführung erfolgt von Wienburg aus. In Schöningen scheint in letzter Zeit eine bedauernde Flaubeit einzuziehen, die durch systematische Ministerarbeit der Unternehmer gefördert wird, und der unser sonst recht aktiver Zahlstellenleiter wegen dauernder Abwesenheit infolge auswärtiger Arbeiten vorläufig noch nicht Herr werden konnte. Dagegen macht unsere Zahlstellenleiter im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde eine Lehrlingsabteilung gegründet, die dem regen Leben pulstert. Hier konnte unter dem für den Innungsbezirk geltenden Tarifvertrag eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt werden. Unsere Kollegen wollen auch weiter in gewohnter Geschäftseligkeit auf dem Posten sein. — So konnte wertvolle Aufbauarbeit geleistet werden, um die Filiale zu den kommenden Kämpfen vorzubereiten. In den Versammlungen erhielten unsere Kollegen Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen unseres Verbandes; in vielen Werkstätten- und Betriebszusammenkünften sind Organisationsmaßnahmen vorbereitet worden. Den Arbeitslosen wurde zur Weihnachten eine Beihilfe zu der Erwerbslosenunterstützung gewährt. Nun im kommenden Jahre alle uns noch fernstehenden Kollegen herangeholt und dann vorwärts zu weiterer erfolgreicher Verbandstätigkeit!

Gera. (Jahresbericht.) Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt uns, was harmonische Zusammenarbeit und geordnete Geschäftsführung zu leisten vermögen. Unsere Filiale schenkt auf einem toten Punkt angelangt zu sein und als die neugewählte Verwaltung vor einem Jahre die Mitgliederlisten von einer Anzahl Beitragssteuer geläubert hatte, blieb uns noch ein Mitgliederbestand von 80 Kollegen. Durch regere Agitation ist eine Zunahme von 44 vollzahlenden Mitgliedern erreicht, so daß am Jahreschluss 124 Mitglieder vorhanden waren. Von diesen sind 82 in Gera, 11 in Ronneburg, 6 in Weida anständig und 25 Jungkollegen gehören unserer Lehrlingsabteilung an. Der ganze Erfolg ist einigen aktiv tätigen Kollegen und unsern Einkassierern zu danken, die unermüdet für die Organisation tätig waren. Unsere Finanzen haben sich zufriedenstellend entwickelt. Der Versammlungsbesuch ließ noch zu wünschen, doch wird die Regsamkeit unserer Kollegen dazu beitragen, die eingerissene Laubeit zu überwinden. Lohn-differenzen einiger angelernter Kollegen sind durch persönliche Fühlungnahme mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes beigelegt worden. In Tarifangelegenheiten haben 4 Sitzungen des Ortsarbeitsamtes stattgefunden. Bei den Verhandlungen ist vereinbart, daß etwaige Differenzen durch monatliche Zusammenkünfte geregelt werden sollen. Die nächste Sitzung wird sich mit der Schmutzkonkurrenz und dem Puschereiwesen befassen. Gemeinsame Eingaben wegen Beschaffung von Winterarbeit waren bisher ergebnislos. Dagegen können wir die Festlegung einer Höchstzahl von drei Lehrlingen auf einen Malereibetrieb als einen guten Erfolg bezeichnen. Die Lehrlingsabteilung ist noch im Aufbau begriffen; wir hoffen

Forschungsergebnisse über die farbige Behandlung von Häusern.

II.

Einen Vortrag, der die ernste Aufmerksamkeit aller Fachkreise verdient, hielt auf der Tagung des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild Prof. Otto Rüdert, Oberstudiendirektor an der Städtischen Fachschule für angewandte Malerei in München, über:

Die Bedeutung des Kunstgewerbe- und Malerschulwesens für die Farbenbewegung.

Die Stellen, die als Herz eines Handwerks zu bezeichnen sind, von denen aus Leben hineingetragen wird in die äußersten Winkel des komplexen Handwerks, sind die Schulen. Die Erziehung der Handwerksjugend liegt heute in Händen der Berufsschule, der Fachschule und der Kunstgewerbeschule. Die erstrebte Einheit ist also nicht vorhanden. Schlimmer ist noch, daß in vielen Fällen das Handwerk für die Schule nur den Namen hergibt, die Schule um der Schule Willen da ist. Hier gibt es nur einen Ausweg, die Werkstätte, die alle Kreise handwerklicher Erziehung in sich einschließt. Die praktische Lehre vermittelt nur die Handgriffe, die zur Gedankenlosigkeit werden, wenn nicht die Schule die geistigen Güter eines Handwerks dem Menschen mit in das Leben gibt.

Selten sind beachtliche Versuche, den Begriff Farbe zur Erkenntnis zu bringen, seltener noch die Erziehung zum räumlichen Denken und Schaffen. Die geistige Schulung geht allgemein aus von dem Worte „warum“. Diese Frage wird zum Grunde aller Arbeit führen. Ohne schöpferischen Willen ist das Werk des Handwerkers eben ein werkloses Ding. Die künstlerische Note muß sich aber mit dem wirtschaftlichen Werte verbinden. Es ist demnach

eine Grundbedingung, daß sich die Werkschule auf den Gedanken der Wertarbeit und Wirtschaftlichkeit einstellt.

Die Schule fordere vor allem den Nachweis eines erlernten Handwerks! Nur wer durch die Schule des Handwerks gegangen ist, kann es richtig begreifen. Die Tatsache, daß wir es mit zwei Menschenkategorien, mit schöpferischen und reproduzierenden, zu tun haben, ist zwar unauflösbar. Beide sind aber aufeinander angewiesen und sollten nur in den letzten Erziehungsstadien voneinander getrennt werden. Herauszustellen sind vor allem die Kenntnisse des Werkstoffes. Das Malerhandwerk, ein Glied der Ausbaugewerbe, ist an sich kein formenbildendes Handwerk. In der Tatsache, daß seinem vornehmsten Werkstoffe, der Farbe, Gefühlswerte innewohnen, wurzelt seine kulturelle Bedeutung. Durch jene Eigenart, daß die Malerarbeit niemals greifbare Formen zu erzielen vermag, ergibt sich nicht nur seine Bindung an die Baukunst, sondern auch seine sekundäre Stellung gegenüber derselben. Soverän aufzutreten vermag der Maler nur, wenn es sich um werbende Dinge handelt. Der Umstand, daß der Ueberzug mit Farbe schützende Eigenschaften hat, rechtfertigt endlich die wirtschaftliche Existenz des Malers. Seine Arbeit wird bestimmt durch die Arbeitsgegenstände, von denen hier nur der offene Raum interessiert.

Dieser wird bestimmt durch die Enge oder Weite des Straßenzuges, seine Zwecke, seine Beleuchtung, seine geographische Lage, und dann auch durch die den Raum ergebenden Einzelaufbauten. Nach diesen Gesichtspunkten regelt sich die farbige Behandlung der Häuser. Die größten Abmessungen zeigen Plätze, Zentralisationspunkte für den Verkehr. Der Marktplatz einer Stadt ist von einer Reihe sachlicher Bauwerke umgeben, aus denen repräsentative Gebäude herausragen. Diese bilden dementsprechend den

Ausgangspunkt der farbigen Gestaltung. Würde man stark betonte Gliederungen auch auf die Bürgerhäuser der Umgebung anwenden, so würden zwei sich bekämpfende Maßstäbe entstehen. Einheitlichkeit des Farbtones erscheint in diesem Falle berechtigt. Der Maßstab der Häuser regelt die Maßstäbe der Farbe. Hierbei ist besonders zu beachten, daß ein Element von Haus aus einheitlich ist, die farbige Erscheinung der Fensterlöcher. Gibt man dazu noch sämtlichen Fensterstöcken die gleiche Farbe, so geht vom Haus eine Bindung durch das räumliche Gebilde. Stehen Aufgaben bevor, wie etwa die Behandlung eines Schloßplatzes, so ist vor allem andern die repräsentative Absicht stark zu unterstreichen.

Die farbige Gestaltung des Altstadtbildes ist einfacher. Dieses umfaßt aber nur einen Teil des Arbeitsgebietes unseres Handwerks. Die Straße der Großstadt ist ebenso wichtig und muß unter ganz andern Gesichtspunkten behandelt werden. Die Großstadtstraße darf in ihrer Farblichkeit weder die Schaufenster noch die Verkehrssignale überbieten. Hier handelt es sich um eine Regelung des Straßensbildes im Sinne der Beruhigung. Wieder anders verhält es sich mit den an der Peripherie der Großstadt gelegenen Straßenzügen. Farbige Betonung wichtiger Elemente, der Hauseingänge, der Eckgliederungen und der Orientierungsbänder heben den sachlichen Wert dieser Bauwerke. Das ländliche Haus betont heute noch vielfach die alte sinnfällige Bauweise. Hier spielt der Baustoff eine überragende Rolle, und selbst das Dach ist vom Vorkommen der Materialien ganz und gar abhängig. So bedient sich der Bauer auch des ihm am leichtesten erreichbaren Farbstoffes, des Kalkes, und erzielt damit beachtenswerte Erfolge.

Die Farblichkeit im Stadtbild wird in technischer Beziehung bestimmt vom Bau- und Farbstoffe. Häuser, die in

aber, in diesem Jahre Sonderkurse, Wanderungen und Besichtigungen von Industrieanlagen für Lehrlinge durchzuführen zu können, wie mit einem Familienausflug nach Orelz bereits ein guter Anfang gemacht wurde. Unser Hauptaugenmerk wird auf Ausflugsorte zu richten sein, wo wir zugleich agitationsförderlich wirken können. Nehmen wir dann zum Frühjahr einen kräftigen Anlauf, dann muß es uns gelingen, alle noch fernstehenden Kollegen unserer Berufsorganisation zuzuführen. Zu diesem Vorhaben war das vergangene Jahr ein verheißungsvoller Ausblick.

Marburg. Unsere am 7. Januar stattgefundene Jahres-Generalversammlung wies einen einigermaßen guten Besuch auf. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht des Kollegen Leipzig ging hervor, daß die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre ziemlich gleichgeblieben ist. Das Filialvermögen hat sich von 633 M auf 844 M erhöht. An Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden 471,35 M zur Auszahlung gebracht gegen 1259,70 M im vorigen Jahre, ein Beweis, daß die Konjunktur 1927 bedeutend günstiger war. Während der Sommermonate, vor dem Stattfinden der großen 400jährigen Gedenkfeier der Universitätsgründung, war eine noch nie dagewesene gute Konjunktur zu verzeichnen. Leider konnten die neuen Arbeitskräfte, zum großen Teil aus der weiteren Umgebung von Marburg herangezogen, nur zum Teil der Organisation zugeführt werden. Von den 81 neu aufgenommenen Mitgliedern mußten viele gegen Ende des Jahres wieder gestrichen werden, so daß unsere jetzige Mitgliederzahl noch 119 beträgt. In der Diskussion wurde besonders die Notwendigkeit hervorgehoben, im kommenden Frühjahr eine intensive Agitation unter den noch vorhandenen Nichtorganisierten zu entfalten. Ebenso soll die Beitragskassierung auf das gewissenhafteste durchgeführt werden. Nach der Neuwahl der Filialverwaltung, mit den Kollegen Kasp. Henkel als 1., E. Haupt als 2. Vorsitzenden, Frj. Bös als Kassierer, usw., erklärte unser Bezirksleiter, Kollege A u t h, die neuen Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und wies auf die Möglichkeit der Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuern hin. Die Versammlung darf als guter Ausblick für das künftige Organisationsleben gelten.

In Neuwied ist der Schwindler Walter G ä l l i c h nun doch ins Garn gegangen und am 14. Januar dingfest gemacht worden. Wie uns von der Filiale mitgeteilt wird, hatte er sich dort am 10. Dezember auf Grund des gestohlenen Mitgliedsbuches und gefälschter Briefe eine Unterstufung erschwindelt. Er scheint sich in der Gegend recht wohl gefühlt zu haben und seiner Sache ziemlich sicher gewesen zu sein; denn als er unsern Kollegen in der Mittagstunde auf der Straße begegnete, hatte er noch die Frechheit, sie freundlich zu grüßen. Als er aber einsehen mußte, daß er erkannt und verfolgt werde, hat er sein Heil in der Flucht gesucht. G. wurde dann nach seinem Verschwinden im Keller eines Fabrikgebäudes, wo er von Arbeitern festgehalten wurde, aufgefunden und von der inzwischen verständigten Polizei in Gewahrsam genommen. Auf dem Wege zum Gericht machte er einen zweiten Fluchtversuch, konnte aber wieder gefesselt werden. In seinem Besitz wurden Legitimationspapiere auf mehrere Namen, sowie verschiedene Verbandsbücher und (sternmütlich ebenfalls gestohlene) Stempel gefunden. Es ist nun Aufgabe der Gerichte, näheres über die Herkunft des Gauners festzustellen und ihn der verdienten Strafe zuzuführen. Ob er überhaupt unserm Beruf angehört, muß noch bezweifelt werden. Der Fall möge aber alle Kollegen und Filialverwaltungen zu äußerster Vorsicht veranlassen.

Berufsunfälle

Hannover. Am 11. Januar stürzte unser Kollege Alwin Michelmann so unglücklich von einer Trittleiter, daß er sich einen Bruch des linken Handgelenks und eine ernste Rückenverletzung zuzog.

Baugewerbliches

Die Rationalisierung im Bauwesen. In einer Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung, die dem Reichstag vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vorgelegt ist, beschäftigt sich dieser außer mit den Problemen über Mieterschutz, Wohnungszwangswirtschaft usw., auch mit einer Senkung der Baukosten durch Rationalisierung des Bauwesens. Wie sich die Industrie im Normenausfluß eine

ihre Farbigkeit nicht verändert werden können, sind somit zum Ausgangspunkt farbiger Gestaltung zu nehmen. Zu diesem Moment tritt das Vorhandensein gekalkter Häuser. Da der Kalk in seiner Farbigkeit nach oben stark begrenzt ist, sind dieselben in ihrer Farbigkeit wiederum Gradmesser für die benachbarten Öl- und Mineralfarbenanstriche.

Ohne ästhetische Zergliederung des Arbeitsgebietes, ohne Eingehen auf die grundlegenden Erkenntnisse, ohne Antwort auf die Frage „warum“ kann die Schule bestenfalls Facharbeiter, aber keine Handwerker erziehen. Das Handwerk ist bereit, begangene Fehler zu verbessern. Diesen Vorgang zum guten Ende zu führen, ist Aufgabe der heranwachsenden Generation. Diese Generation kann aber nur dann zu Glück und Ansehen gelangen, wenn die Reform handwerklicher Erziehung zur Wahrheit geworden ist.

Im Anschluß an die technischen Referate wurden praktische Vorführungen der Enkaustik und des maschinellen Hausanstriches gegeben. Die Vorträge wurden im übrigen anschaulich ergänzt durch eine Ausstellung farbiger Aufnahmen und Entwürfe. Die gegebenen Leistungen zeugten von gutem Fortschritt gegenüber früheren Veranstaltungen. Beispiele aus allen deutschen Landschaften und der Schweiz betonten lokale Eigenheiten. Interessante Vergleiche boten in dieser Beziehung die bisher veranstalteten Wettbewerbe. Zahlreiche farbige Diapositive brachten Ansichten aus deutschen und Schweizer Städten. Damit ist wieder ein erfolgreicher Schritt für die farbige Gestaltung unserer Städtebilder vorwärts getan.

Anlässlich der Tagung brachte der Bund eine umfangreiche Tagungsnummer seiner Zeitschrift „Die farbige Stadt“ heraus, die von der Geschäftsstelle des Bundes, Hamburg, Spitalerstraße 11, zu beziehen ist.



Organisation zur verbilligten Erzeugung bestimmter Gegenstände nach Maß, Form und Güte geschaffen hat, so müsse auch im Bauwesen und besonders für den Kleinwohnungsbau eine größere Einheitlichkeit erreicht werden. Der Minister verkennet nicht, daß das Baugewerbe kein Dauergewerbe ist und der Baubetrieb wesentlich andere Voraussetzungen hat, als ein Werkstoff- oder Fabrikbetrieb, und daß schon darin große Schwierigkeiten begründet sind. Der Hebel müsse durch bessere Zusammenfassung der Bauauftraggeber zu leistungsfähigen Organisationen und der Bauvorhaben zu größeren Gruppen angefaßt werden, deren Leitung beziehungsweise Ausführung bewährten Fachleuten zu übertragen sei. Eine Förderung müsse von Seiten der Kommunen durch bessere Aufschließung des Baugeländes und Herabsetzung der Aufbereitungskosten erfolgen. Die Aufwendungen für die Herstellung von Straßen usw. sind vielfach schon in der Zeit vor dem Kriege gemacht und nicht selten durch die Inflation getilgt worden. Es ist ungerecht, die Käufer von Bauplätzen noch einmal zu belasten. Wo die Aufwendungen von den Gemeinnden erst später gemacht sind, muß Erleichterung durch Stundung der Kosten für den Bauplatz und die Aufschließung des Geländes durch ratenweise Abzahlung der Neubaufinanzierung ermöglicht werden. Planmäßige Typisierung wird einer Einparung an Kosten für das einzelne Objekt wie auch am Gesamtsiedlungsplan erzielen lassen. Nur müssen die Ansprüche an die neuen Wohnungen gegenüber der Vorkriegszeit und gegenüber noch jetzt herrschenden Vorstellungen um so viel gesenkt werden, daß sie sich den gesteigerten Baukosten anpassen, wobei selbstverständlich die Forderungen einer neuzeitlichen Wohnungsreform nicht vernachlässigt werden dürfen. Man muß bei den neu zu erstellenden Wohnungen mit einer Wohnfläche von etwa 50 qm (?? Die Red.) rechnen. In anderen Ländern haben sich durch Ausführung großer Serien bewährter Typen bereits Wohnformen entwickelt, die gesundes und zweckmäßiges Wohnen mit preiswerter Herstellung der Wohnungen verbinden. Für die technische Ausführung ist zu unterscheiden zwischen der Verwendung von Baustoffen, die in der bisher üblichen Weise am Bauplatz in den Bau eingefügt werden und ganz neuen Bauweisen, bei denen die Herstellung der Baustoffe auf der Baustelle selbst stattfindet. Gerade auf diesem Gebiet sind durch neuere Versuche wesentliche Fortschritte zu verzeichnen.

Zur Durchführung praktischer Versuche hat der Reichstag der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V., 10 Millionen Mark bewilligt, mit denen neue Verfahren der planmäßigen Arbeitsvorbereitung, des Typens, Normens und der Verbilligung des Wohnungsbaues erprobt und geprüft werden können. Der Gesellschaft gehören außer den Mitgliedern des Typenausschusses Personen aus allen in Frage kommenden Fachkreisen an, die erfolgreiche Leistungen im Bau- und Wohnungswesen aufweisen können. Es sollen dann aber noch Architekten, Vertreter der Baustoffindustrie und Bauhandwerker zur praktischen Lösung aller Versuche herangezogen werden. — Eine Vorbedingung ist natürlich, daß die Versuche möglichst schnell in die Praxis umgesetzt werden, um das Wohnungswesen so schnell wie irgendmöglich zu mildern. Sollen aber tatsächliche Erfolge erzielt werden, dann dürfen Vertreter der Arbeiter aller baugewerblichen Berufe nicht umgangen werden.

Eingelandt

Fachliches Wissen und Können.

Allmählich verstummen die Stimmen, die jahrelang immer wieder mit seltener Hartnäckigkeit behaupteten, daß die Hoffnungen der Maler, ihren Beruf aus der Tiefe einer schematischen, wenig Anforderungen an Geist und fachliches Können stellenden öden Anstreicherei wieder erhoben zu sehen, ganz vergeblich sein werden. Die letzten Jahre haben uns das Gegenteil bewiesen. Allerorten regen sich die Geister, die der Neubelegung der dekorativen Malerei das Wort reden und ihrer Ausbreitung und praktischen Nutzenwendung tatkräftige Hilfe leisten. Wir sind längst über die Zeit hinaus, in der man noch schüchtern versuchte, was heute anerkanntes Element und Wesensausdruck unserer modernen Dekorationsmalerei ist. Es erregt auch durchaus nicht unser Verwundern, wenn die neue Richtung sich in der doch verhältnismäßig sehr kurzen Zeit weniger Jahre durchzusetzen wußte. Nach der zurückliegenden Zeit einer geistlosen Anstreicherei, einer Verzichtleistung auf alles, was malerisch im besten Sinne wirken konnte, verlangte die Gegenwart, politisch, wirtschaftlich, geistig und kulturell sich von der Vergangenheit grundsätzlich unter-

scheidend, auch von der dekorativen Malerei ein Neues. Und wir dürfen für uns das Verdienst in Anspruch nehmen, dem Neuen der Weg gewiesen zu haben. Nicht zum geringsten Teil ist es unser Verdienst, das Verdienst unserer Organisation, wenn heute Klarheit über Weg und Ziel der modernen Dekorationsmalerei besteht und nur kurze Zeit zum Erkennen ihrer Aufgaben nötig war. Vorbildlich war das Wirken unseres „Fachblatt der Maler“, das in Wort und Bild, in künstlerisch gut durchdachten und drucktechnisch erstklassigen farbigen Tafeln dem gesamten Gewerbe unschätzbare Dienste leistete und heute mehr denn je leistet. Ein Blick in die Fachliteratur unserer Tage und ein Vergleich mit der früheren Jahre ist überzeugend. Die Leistung unserer Organisation kann man bestilligend wünschen zu der Tat, die sie mit der Herausgabe des „Fachblattes“ vollbrachte. Ein leises Bedauern muß man haben für die ablehnende Haltung so mancher Kollegen, der da glaubt, daß ihm das „Fachblatt“ sehr wenig bieten kann, da seine Arbeit zum größten Teil in weniger qualifizierten Arbeiten besteht. So wie ich unsere Organisationsleitung verstehe, will sie in Anerkennung der Tatsache, daß die fachlichen Leistungen im Malerberufe immer bessere werden und die Ansprüche im stetigen Wachsen begriffen sind, in unsern Kollegenkreisen die Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Anforderungen schaffen. Und ist es nicht kurzfristig gehandelt, wenn man der Meinung ist, daß, was kommt, geht uns nichts an, entscheidend ist, was ist? So gedacht, wäre die ganze Lehre ein Unsinn, die auch nur vorbereitet für Leistungen, die erst noch gefordert werden sollen. Falsch ist auch, die langsam einsetzende Mechanisierung unseres Berufes als Grund für die Zwecklosigkeit der fachlichen Weiterbildung anzuführen. Mir erscheint gerade das Gegenteil richtig; denn unzweifelhaft wird die Mechanisierung des gewöhnlichen Wandausstrichs zu einer Verbilligung dieser Arbeit führen müssen, wodurch Mittel für die Befriedigung dekorativen Schmuckverlangens frei werden. Selbst in Arbeitgeberzeitschriften des Malergewerbes war es ähnlich zu lesen. Unverständlich wäre es sonst, daß man der Lehrlingsausbildung im Berufe und in den Fachschulen seit einigen Jahren so große Bedeutung beimißt.

Der Grund, warum ich dies schreibe, ist nicht Reklamebedürfnis für das „Fachblatt“, das empfiehlt sich selbst durch seine Güte, sondern eine Auseinandersetzung, die ich kürzlich in einer Versammlung, in der wir einen Vortrag über „Neuere Fachtechnik“ entgegengenommen hatten, mit einigen Kollegen über den Wert der heutigen Dekorationsmalerei und ihre Zukunft hatte. Ausgehend von der heute der Menschheit, und darunter ganz besonders der Arbeiterschaft, innewohnenden Gesinnung, kristallisiert sich auch eine neue Baugesinnung heraus, die notwendigerweise auch eine neue „Malgessinnung“, wenn man so sagen will, zur Folge haben muß. Diesen Standpunkt vertrat ich und wies dabei auf die hervorragende Leistung unseres „Fachblatt der Maler“ hin. Der Widerspruch, den ich fand, begründete sich vornehmlich darauf, daß unter Anerkennung der unumstrittenen Leistung des „Fachblattes“, eben diese Leistungen der Zeit voraussetzen und somit in der Gegenwart keinen Widerhall finden. Ein Argument, das meiner Auffassung nach sehr unlogisch ist; denn wären sie richtig, so wären damit auch unsere von Partei und Gewerkschaft verfolgten Zukunftsbestrebungen ebenfalls ohne Hall in der Gegenwart. Über dabei trifft diese am „Fachblatt“ geübte Kritik nicht mal zu, es wurzelt, soweit ich davon etwas verstehe, vollständig in der Gegenwart, und benutzt diese als Plattform für die Entwicklung, wobei es eine ganz bestimmte Richtung innehält. Das, was dem „Fachblatt“ von einzelnen Kollegen zum Vorwurf gemacht wird, muß vielmehr als seine besondere Stärke bezeichnet werden.

Mir liegt nun daran, durch die Kundgabe meiner Meinung einmal eine Aussprache über die Frage, ob eine fachliche Weiterbildung Aufgabe unserer Organisation sein kann, und ob der dabei beschrittene Weg als richtig zu bezeichnen ist, in unserm Verbandsorgan herbeizuführen oder doch anzuregen. Hoffentlich hält die Redaktion die Frage für wichtig genug, um dafür mal einigen Raum zur Verfügung zu stellen.

P. U b e i. E.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaften zur Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund — haben dem Reichsarbeitsminister ihre Stellungnahme zu seiner Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung übermittelt. Sie erkennen an, daß die Denkschrift mit ihren zahlreichen Anlagen über die noch sehr umstrittene Lage im Wohnungswesen eingehend informiert, weisen aber nach, daß die Verhältnisse im Wohnungsbau in Wirklichkeit viel ungünstiger liegen, als sie vom Minister beurteilt werden. So ist in der Denkschrift die Zahl der fehlenden Wohnungen mit rund 600 000 angegeben. Die Gewerkschaften schätzen den Fehlbestand auf mehr als doppelt so hoch, da schon die Reichszahlung eine Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung ermittelte. Um einen Wohnungswechsel und die Vornahme dringend notwendiger Instandsetzungsarbeiten in alten und verwohnten Häusern zu ermöglichen, muß der Bestand an verfügbaren Wohnungen um mindestens 2 bis 3 %, das sind weiter etwa 250 000, vermehrt werden; außerdem ist für mindestens 400 000 haufällige und gesundheitschädliche Wohnungen auf schnellstem Wege Ersatz zu schaffen. Dann wenden sich die Gewerkschaften aus Gründen der Volksgesundheit dagegen, daß bei Neubowohnungen der durchschnittliche Wohnraum herabgesetzt werden soll. Sie fordern weiter, daß mit der Finanzierung aus öffentlichen Geldern für vermögende Kreise endgültig Schluss gemacht wird und die verfügbaren Beträge restlos dem Kleinwohnungsbau für die unbemittelte Bevölkerung zugeführt werden.

Die Gewerkschaften verlangen die Aufstellung eines Reichs-Mindestwohnungsbauprogramms, das den tatsächlichen Fehlbedarf und den zu erwartenden Mehrbedarf an Wohnungen berücksichtigt. Eine durchgreifende Rationalisierung des gesamten Bauwesens ist erst zu erreichen, wenn gründliche Planmäßigkeit gewährleistet und ein Bauprogramm für einen mehrjährigen Zeitabschnitt gesichert ist. Die Mittel für die reiflose Durchführung sind durch Ueberweisung des ganzen Einkommens aus der Hauszinssteuer durch Ueberlassung öffentlicher Gelder auf lange Sicht und —

so weit der inländische Geldmarkt nicht genügend Kapital für diesen Zweck aufbringen kann — durch Hereinholen von Auslandsanleihen aufzubringen. Eine weitere Mieterhöhung für Altmwohnungen, wie sie in der Denkschrift in allerdings verschleierte Form angedeutet ist, wird grundsätzlich abgelehnt. Die Mieter haben im Jahre 1927 durch die 20prozentige Steigerung der Wohnungsmieten fast eine Milliarde aufbringen müssen, doch ist diese ungeheure Summe nicht zur Finanzierung des Wohnungsbaues verwendet, sondern zum größten Teil den Hausbesitzern und Hypothekengläubigern zugute gekommen. Es ist im Gegenteil eine wesentliche Herabsetzung der Neubaumieten erforderlich, um auch kinderreichen Arbeiterfamilien eine bessere und den hygienischen Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu ermöglichen. Statt des weiteren Abbaues der Mieterschutzgesetze ist ein soziales Wohn- und Mietrecht zu schaffen, das den gerechtfertigten Ansprüchen von Mietern und Vermietern Rechnung tragen kann, in erster Linie aber den Mietern einen sicheren Schutz vor willkürlichen Kündigungen und Mieterhöhungen bietet, gleichzeitig aber auch eine Handhabe schafft, um die notwendigen Instandsetzungsarbeiten zur Erhaltung der Wohnräume — also eine vernünftige Wohnspflege — auch gegen den Willen des Vermieters zu ermöglichen. Zum Schluß verweisen die Gewerkschaften auf ihre „Richtlinien für den Wohnungsbau“ vom Herbst 1926, in denen sie durchaus realisierbare Vorschläge zu einer planmäßigen Förderung des Wohnungsbaues gemacht haben, und empfehlen dem Reichsarbeitsminister dringend, die gewerkschaftlichen Vorschläge bei allen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu berücksichtigen.

Eine Urabstimmung im Dachdeckerverband über die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund ist für die Woche vom 4. bis 11. März angelegt worden. Die bisherigen Abstimmungen — das erste Mal im Jahre 1908 und zuletzt 1925 — hatten immer ein negatives Ergebnis. Nunmehr sind die Uebertrittsbedingungen zwischen den beiden Verbänden erneut vereinbart und sollen den Dachdeckern zur Entscheidung unterbreitet werden. Mit der Abstimmung findet zugleich die Wahl der Vertreter zum 16. Verbandstag statt. Die Verschmelzung gilt als beschlossen, wenn sich mindestens 65% (das letztmal 66%) der Abstimmenden für den Anschluß erklären. In diesem Falle löst sich der Zentralverband der Dachdecker auf und tritt am 1. Juli als Reichsfachgruppe dem Baugewerksbund bei.

25 Jahre Steinarbeiterverband. Entgegen den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse haben die Steinarbeiter bis Ende 1902 an dem lokalistischen Gewerkschafts- und Vertrauensmännerstützen festgehalten. Die Umwandlung in einen Zentralverband erfolgte erst mit dem 1. Januar 1903. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Steinarbeiter gut beraten waren, als sie diesen Beschluß faßten. In der Geschichte ihres Verbandes spiegelt sich der Kampf um die Organisationsform der deutschen Gewerkschaften mit aller Deutlichkeit wider.

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge im Jahre 1927. Konnte in bezug auf das Geschäftsjahr 1926 gesagt werden, daß es ein Jahr des Erfolges gewesen sei, so trifft diese Bezeichnung nicht minder für das nun abgelaufene Jahr 1927 zu. Von ihren 15 bisherigen Geschäftsjahren seit der Gründung ist das Jahr 1927 zweifellos für die Volksfürsorge das erfolgreichste gewesen. Innerlich gut gesellig und fundiert, über eine gute Inkasso- und Werbeorganisation verfügend, konnte dieses gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen ins neue Jahr gehen. Während des Berichtsjahres sind 376 591 Anträge gestellt worden, so daß die Volksfürsorge Ende des Jahres 1927 mit einem Bestande von über eine Million Volks- und Lebensversicherungen mit einer Versicherungssumme von etwa 400 Millionen Mark abschloß. Durchschnittlich kamen monatlich über 30 000 Neuanträge herein. Die Prämieinnahme belief sich auf rund 17 1/2 Millionen Mark, die Einnahme an Zinsen für ausgeliehene Kapitalien auf rund 1,6 Millionen Mark. Die gesamte Kapitalanlage erreichte eine Höhe von nahezu 31 Millionen Mark. Für Sterbefälle sind im Jahre 1927 etwa 1,15 Millionen Mark ausgezahlt worden, davon für Unfälle rund eine viertel Million Mark. Die gesamten Versicherungsleistungen seit Beendigung der Inflation bis zum Jahresende 1927 machen eine Summe von über 3 Millionen Mark aus.

Das endgültige Jahresergebnis steht erst nach Fertigstellung des Rechnungsabchlusses fest, doch beweisen diese vorläufigen Zahlen schon, wie erstreulich sich die Volksfürsorge weiterentwickelt hat.

Vom Ausland

Tschechoslowakei (Sitz Prag). Der vertragslose Zustand, in dem wir uns in der Tschechoslowakei schon das zweite Jahr befinden, zwang uns, alle Kräfte anzuspannen, um einigermaßen geregelte Verhältnisse zu schaffen. Die angebahnten Verhandlungen scheiterten jedoch am Starrsinn unserer Unternehmer, hinter denen die Baumeister standen, die die Devisen herausgaben: „Keine Kollektivverträge abschließen“. Infolgedessen bereiteten wir in Prag und Pilsen eine Aktion für erhöhte Löhne und tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen vor. Da kam es zu dem von den Kommunisten hervorgerufenen Bauarbeiterstreik, der alle unsere Pläne über Bord warf. Die Bauarbeiten blieben liegen oder fielen teilweise ganz aus. Die Tätigkeit im Maler- und Lackierergewerbe beschränkte sich lediglich auf die Privatarbeiten und da wäre ein offener Kampf ein Verbrechen sowohl an den Kollegen als auch am Verbaude gewesen. Die Kollegen hätten sich nutzlos an einer von vornherein aussichtslosen Sache verblutet. Darum entschlossen wir uns, mit der geplanten Aktion zu warten, bis bessere Vorbedingungen einen Erfolg zu garantieren vermögen.

Der von den Kommunisten inszenierte Bauarbeiterstreik wurde nach siebenwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen, hauptsächlich darum, weil die unorganisierten

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln, Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Mitläufer, auf die grosse Hoffnungen gesetzt wurden, bald abfielen und Streikbrecherdienste verrichteten. Dieser verlorene Streik hat erstens den tschechischen, besonders aber den Prager Arbeitern die Augen geöffnet und zweitens hat er deutlich gezeigt, dass nur eine planmäßige Führung die Lohnkämpfe siegreich zu beenden imstande ist.

In den Metallbetrieben forderten wir gemeinsam mit den Metallarbeitern für unsere Mitglieder eine ausserordentliche Beihilfe in der Höhe eines Wochenlohnes; diese Aktion war vom Erfolg begleitet. Auch den Lackierern wird diese Forderung vorgelegt.

Interessant ist die Wahrnehmung, dass zwischen den Maler- und Lackierern einerseits und den Baumeistern andererseits Differenzen auszubrechen drohen. Es geht um die Existenzfrage des Gewerbes. Die Baumeister streben danach, das volle Recht auf alle Bauarbeiten zu erzielen, um selbst die verschiedenen Handwerkerarbeiten zu vergeben, und sie suchen diese Forderung bei Gemeinden, Land und Staat durchzusetzen. Wenn ihnen dieses glücken sollte, so wären alle Baunehengewerbe die Vasallen der Baumeister, und der Schmutzkonzurrenz wäre Tor und Tür geöffnet. Deshalb drohen alle diese Berufe mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband des Baugewerbes.

Wir wehren uns, soweit wir können, gegen die Einführung der Spritzapparate im grossen. Da es jedoch schwer ist, sich den technischen Fortschritten auf die Dauer entgegenzustellen, sehen wir die Hauptaufgabe des Verbandes darin, die dabei beschäftigten Arbeiter gesundheitlich zu schützen. Darum fordern wir, dass den Ausführungsverordnungen des Gesetzes zum Schutze der Personen, die mit Bleiweiss arbeiten, ein neuer Zusatz zum Schutze der Personen angefügt wird, die Spritzarbeit verrichten. Wenn diese Aktion in allen Ländern einsetzt, so ist zu hoffen, dass die Gefahr, die aus dem Spritzwesen unserm Gewerbe droht, auf ein Minimum sinkt.

In diesem Jahre hatten wir eine grössere Arbeitslosigkeit als seit Jahren. Weit über 600 Mitglieder mussten mit über 170 000 Kronen unterstützt werden. Hoffen wir, dass der Gipfel der Arbeitslosigkeit nun überschritten ist und in diesem Winter infolge der später fertiggestellten Bauten die Arbeitsmöglichkeit länger anhält.

Tschechoslowakei (Sitz Reichenberg). Sonntag, den 4. Dezember, berieten in Teplitz die Vertrauensmänner der Sektionen der Maler, Anstreicher und Lackierer der Handelskammerbezirke Eger und Reichenberg über die für die Durchführung der kommenden Lohnbewegung zu ergreifenden Massnahmen. An der Konferenz nahmen auch die Vertreter des tschechischen Malerverbandes (Sitz Prag) teil. Nach mehrstündigen, äusserst sachlichen Beratungen wurden einmütig entsprechende Beschlüsse gefasst. Die Gehilfenschaft ist bereit, im Verhandlungswege eine vertragliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse auch für das kommende Jahr anzustreben. Die Gehilfenschaft ist jedoch nicht gewillt, sich bei diesen Verhandlungen etwa besonders lange hinauszuziehen zu lassen.

Die von der Konferenz gefassten Beschlüsse und ausgearbeiteten Vorschläge sind solcher Art, dass eine friedliche Lösung möglich ist. Die Beschlüsse lassen es aber durchaus zu, dass die Gehilfen eine andere Lösung herbeiführen können. Soweit noch eine Ergänzung notwendig erscheint, wird dies von uns rechtzeitig nachgeholt werden. Beachtenswert von den gefassten Beschlüssen ist der, dass eine etwa durch die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes eintretende Mietzinserhöhung durch Lohnerhöhung ausgeglichen werden muss.

Karlsbad. Auf Grund der Vereinbarung mit der Bezirksfachgenossenschaft vom 16. September 1927 betragen die Stundenlöhne vom 1. Januar bis 31. Dezember 1928: für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 4,40 K., im zweiten Gehilfenjahr 5,01 K., im dritten Gehilfenjahr 5,48 K., im vierten Gehilfenjahr 6 K., ansässige oder stabil beschäftigte selbständige Gehilfen 6,10 K.

Vom 22. bis 28. Januar ist die 4. Beitragswoche. Vom 29. Jan. bis 4. Febr. ist die 5. Beitragswoche.

Berichtliches

Von der Schulbank ins Erwerbsleben nennt der Schriftleiter der freigewerkschaftlichen Lehrerzeitschrift „Der Volkslehrer“ eine Umfrage, durch die er sich in den Seelenleben der jungen Menschen in den letzten Wochen vor der Schulentlassung und den ersten Monaten nach dem Austritt der ersten Stellung als Lehrling oder Lehrlin, jugendlicher Arbeiter, Laufbursche usw. unterrichten will. Er wendet sich mit der Bitte um ausführliche Auskunft auch an unsere Kollegen. Als Zweck seiner Umfrage gibt er an, auf Grund der wahrheitsgemässen Darstellungen Material zu einer wissenschaftlichen Arbeit zu gewinnen, damit Lehrmeister und Berufsschullehrer, Jugendpfleger und Jugendrichter, Berufsberater, Sozialpolitiker usw. unsere schulentlassene Jugend besser verstehen lernen. Es kommt ihm deshalb besonders darauf an, die Stimmungen und Gefühle in der fraglichen Zeit zu erfahren. Außerdem ist ihm von Bedeutung, wie die neue Umgebung und die Arbeit auf den Jugendlichen einwirkt, das Verhalten von Vorgesetzten und Arbeitskollegen und die persönlichen Empfindungen vor Arbeitsbeginn und nach Arbeitschluss. Welchen Eindruck machte der erste selbstverdiente Lohn? Wer über diese und ähnliche Fragen aus der Erinnerung etwas niederschreiben kann, der möge es tun. Dabei ist natürlich wichtig, daß nicht schöner oder schlechter dargestellt wird, wie es sich in Wirklichkeit zugetragen hat. Wenn dann noch das jetzige Lebensalter beigefügt und ab bis zum 1. März 1928 an nachstehende Adresse eingeleitet wird, so kann jeder unserer späteren Jugend einen guten Dienst erweisen. Dr. Helmut von Braken, Frankfurt a. M., Gärtnerweg 52, ist bereit, Auslagen und Wunsch zu vergüten und den Einsendern nach Bearbeitung der Schilderungen von dem Ergebnis seiner Umfrage zu berichten.

Fachliteratur

Der „Maler-Lehrling“ Nr. 1. Die erste Seite enthält einen Aufruf: „Vorwärts auch im neuen Jahr!“, in dem die Jungkollegen zur weiteren tatkräftigen Mitarbeit ermuntert werden. Der Artikel „Technische und geistige Neuerungen von W. Wahlstedt“ kommt in dieser Nummer zum Abschluß. In dem Artikel „Zusammenfassung und Aufgaben der Hauptverwaltung“ wird den Jungkollegen ein Einblick in das Gewerbe gewährt. Zwei weitere Artikel beschäftigen sich mit dem Besuch der Berufsschule. P. Böhme, Halle, setzt sich für eine genügende Freizeit für Jugendliche ein. Es folgt die Veröffentlichung eines internationalen Jugendschutzprogramms, aufgestellt von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Jugend-Internationale. Die „Winken für Diskussionsredner“ sind für alle Kollegen beachtenswert. Als Feuilleton bringt diese Nummer eine Skizze von Th. Kästig, Dresden, „Der Lehrling vor 40 Jahren“ und „Der Schriftleiter“. Die unfern Abteilungen und „Buchbesprechungen“ beschließen durch Illustrationen belebten Inhalt.

„Betriebsführung“, Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung, Verlag G. Braun, Karlsruhe. Die etwas verspätet eingegangenen Hefte 11 und 12, Jahrgang 1927, enthalten u. a. Aufsätze mit Tabellen und Abbildungen über „Rationalisierung im Bauhandwerk“, „Rationalisierung und Kapitalbedarf“, „Betriebswirtschaftliche Kurse beziehungsweise Kuratoriumstätigkeit des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk e. V., Karlsruhe“, „Werkstoffverluste und deren Beseitigung im Metallgewerbe“, das Schmelzfenster des Handwerks usw.“ Ferner in der „Handwerkstechnischen Rundschau“ illustrierte Schilderungen der Dymblschleifmaschinen und des neuen kleinen Rohölmotors für Kleinindustrie und Handwerk, sowie ein Inhaltsverzeichnis der abgeschlossenen Jahrgänge. — Jedes Heft ist einzeln zu haben für 80 S., halbjährlich kostet die Zeitschrift 4 M.; ältere Probehefte werden kostenlos abgegeben.

Bereinstell

Bericht der Hauptkasse für Monat Dezember. Eingekandt haben: Aachen 500 M., Altenburg 180, Apolda 100, Aschaffenburg 601,42, Bamberg 200, Bayreuth 400, Berlin 1000, Bernburg 600, Bielefeld 600, Brandenburg 1100, Braunschweig 2006,58, Bremen 2500, Bremerhaven 1050, Breslau 1495, Cassel 2810, Celle 352,77, Chemnitz 6400, Coblenz 248,50, Crefeld 250, Cuxhaven 350, Danzig 33,85, Dessau 700, Detmold 263, Dortmund 800, Dresden 7800, Duisburg 700, Düren 125, Düsseldorf 1750, Eberswalde 213,71, Eisenach 150, Eisenberg 100, Elberfeld 1800, Emmendingen 141,68, Erfurt 284,17, Eschwege 360,50, Essen 1850, Fürstentum 416,88, Flensburg 800, Forst 300, Frankfurt a. M. 3100, Gießen 200, Görlitz 500, Halle 400, Hamburg 1000, Herford 950, Hildesheim 200, Jena 770,96, Landsbut 22,71, Leipzig 800, Lörrach 370, Mannheim 4100, Meerane 137,13, Nette 311,98, Moers 130,64, Nülheim 309,40, Münster 500, Naumburg 150, Neisse 200, Neumünster 250, Neustadt a. d. O. 200, Neustrelitz 100, Neuwied 375,37, Niesky 370,01, Nordhausen 500, Oeynhausen 919,15, Oldenburg 453,20, Osnabrück 396,90, Paffau 162,50, Pirmasens 140,70, Plauen 180,47, Reichenbach 258, Rendsburg 311,05, Rostock 600, Saarbrücken 1033,20, Sagan 69,39, Schleswig 100, Schwab.-Gmünd 213,05, Schwerin 656,29, Siegen 65, Singen 56,23, Sorau 150, Spremberg 150, Stolp 100, Straubing 84,40, Stuttgart 3000, Waldenburg 200, Weiden 200, Weimar 300, Weiskammer 70, Werdau 499,17, Wesel 140, Wiesbaden 600, Wittenberg 137,94, Wolfenbüttel 41,74, Worms 500, Zeitz 253,97, Zwickau 405. J. Heirich, Kassierer.

Sterbetafel

Hannover. Am 14. Januar starb unser treuer Kollege Gustav Jardin, geboren am 15. März 1857 in Hannover.
Senftenberg. Am 12. Januar starb plötzlich unser treuer Kollege Georg Walker im Alter von 28 Jahren an einem Herzschlag.
Ehre ihrem Andenken!